Wirtschaftspolitische Grundfragen der Planwirtschaft : Beiträge zum Problem der Organisation der sozialistischen Planwirtschaft

Autor(en): **Walter, Emil J.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-334623

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zwecke dienen, überschüssige Kaufkraft dorthin zu leiten, wo diese dringlichst benötigt wird, erfüllen sie eine nützliche Aufgabe. Allerdings darf der Fiskus nicht ein alles verzehrender Moloch sein; die von ihm aufgebrachten Gelder müssen einer guten Verwaltung und der Erschaffung von Werten zugeführt werden.

Ich habe mich bemüht, in diesem Aufsatz darzulegen, inwiefern die zwei Sektoren unserer Wirtschaft — der private und der gemeinwirtschaftliche — einander ergänzen, und wie eine ersprießliche Zusammenarbeit der beiden Gebiete den Wohlstand unseres Volkes und den sozialen Frieden zu fördern vermag. Ich habe versucht, die Kräfte, die in unserer Nationalökonomie wirksam sind, von höherer Warte aus zu übersehen und keine parteipolitische Fahne zu ergreifen. Zwecks Vermeidung von Mißverständnissen möchte ich abschließend sagen, daß die Verteilung des Sozialproduktes eine politische Frage bleibt. Es ist verständlich, daß die verschiedenen Schichten unseres Volkes sich um einen angemessenen Anteil an dem Gesamtertrag der Wirtschaft wehren. Zusammenarbeit bedeutet nicht die Aufgabe gerechter Ansprüche. Unser Parlament ist die Clearingstelle aller gegenseitigen Forderungen. Die Parteien sind die legitimen Vertreter derselben und sollen es sein. An unserer demokratischen Staatsverfassung ist nicht zu rütteln, und eine soziale Ordnung kann im Rahmen des bestehenden Grundgesetzes verwirklicht werden.

Wirtschaftspolitische Grundfragen der Planwirtschaft

Beiträge zum Problem der Organisation der sozialistischen Planwirtschaft

Von Emil J. Walter

Neben den Fragen nach den möglichen Organisationsformen der Planwirtschaft gibt es eine besondere Gruppe von Problemen, welche wir als *Grundfragen der Planwirtschaftspolitik* bezeichnen möchten. Während bei der Diskussion der Fragen der Organisation der Planwirtschaft sozusagen die statischen Probleme der Planwirtschaftstheorie behandelt werden, steht bei der Behandlung der Wirtschaftspolitik der Planwirtschaft die *Dynamik*, *die gegenseitige funktionelle Abhängigkeit* der wirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen der Planwirtschaft im Mittelpunkt der Betrachtung.

Mit anderen Worten, eine Theorie der Planwirtschaft muß sich mit dem Verhältnis von Preisen und Löhnen, mit den Fragen der Kapitalakkumulation und Vermögensbildung, mit den Problemen des Geld- und Währungswesens beschäftigen und sich über jene Richtlinien aussprechen, nach denen die Lenkung der Wirtschaft erfolgen soll.

Wirtschaftspolitik kann aber nur als *Mittel für bestimmte Zwecke* beurteilt werden. Die Aufgabe sozialistischer Planwirtschaft ist einerseits die Überwindung der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung,

anderseits die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung durch Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Massen auf Kosten der arbeitslosen Einkommen. Deshalb müssen auch im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden über die Verteilung des nationalen Einkommens auf die verschiedenen Produktionszweige und die verschiedenen Klassen der Gesellschaft, sowie die Quote der Kapitalakkumulation, es muß festgelegt werden, in welche Richtung die Produktion gelenkt werden soll, wie der Außenhandel auf die Bedürfnisse des Inlandmarktes abzustimmen ist und wie die Deckung der Staatsausgaben zu erfolgen hat.

Dementsprechend wäre eine *Theorie der Volkswirtschaftspolitik* in nachstehende Abschnitte zu gliedern: I. Lohn- und Preispolitik, II. Handels- und Verkehrspolitik, III. Produktionspolitik, IV. Geld- und Währungspolitik, V. Finanzpolitik. Naturgemäß läßt sich diese theoretische Aufteilung der Wirtschaftspolitik in der Praxis kaum aufrechterhalten, da zum Beispiel eine planmäßige Außenhandelspolitik gegebene Löhne und bestimmte Preise voraussetzen muß oder die Handhabung des Geldwesens im Dienste der Produktions- und Finanzpolitik in weitgehendem Maße von der Verteilung des Volkseinkommens abhängig ist. Trotzdem beschränken wir uns bei den nachfolgenden Ausführungen auf die zentralen Probleme der Geld-, Produktions- und Finanzpolitik, wobei wir einige knappe Bemerkungen über die Lohn-, Preis- und Handelspolitik voranstellen müssen.

Gegenüber den krassen Gegensätzen der Einkommen in der kapitalistischen Wirtschaft wird man in der sozialistischen Planwirtschaft eine *weitgehende Nivellierung der Einkommen* anstreben müssen. Dafür sprechen nicht nur psychologische und politische, sondern auch wirtschaftliche Gründe. Denn die Nivellierung der Einkommen vielleicht im Verhältnis von 1 bis 3, eventuell 4 über das Existenzminimum hinaus erleichtert wesentlich die Aufgabe der planmäßigen Lenkung der Wirtschaft, macht den Bedarf normalisierbar und bequem übersehbar.

Dementsprechend ist das Ziel einer *planwirtschaftlichen Handelspolitik* in der Erreichung des wirtschaftlichen und technischen Optimums der Tauschbeziehungen mit anderen außernationalen Wirtschaftskörpern gegeben: Man wird relativ billige, mit kleinem Arbeitsaufwand produzierte Güter gegen wertvolle und begehrte ausländische Waren austauschen und sie der einheimischen Volkswirtschaft zu Preisen zur Verfügung stellen, welche der inländischen sozial differenzierten Bewertung entsprechend gestaffelt werden. Mit anderen Worten, in einer planmäßig geleiteten Wirtschaft brauchen inländische und ausländische Preise nicht von vorneherein übereinzustimmen. Eine planwirtschaftliche Außenhandelsorganisation kann die verbilligte Abgabe gewisser Güter an das Inland durch Preiszuschläge auf andere Güter oder durch Übergewinne an gewissen Exportgütern kompensieren.

Damit wird allerdings das zentrale Tauschprinzip der kapitalistischen Marktwirtschaft, nämlich einheitliche Preise der Märkte und alleinige Regulierung der Preise durch die Konkurrenz noch ausgesprochener außer Wirksamkeit gesetzt als dies durch die privatkapitalistischen Mono-

pole und die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten bereits geschehen ist. Aber diese Regulierung der Preise ist ja nur eine Konsequenz aus dem immanenten Zweck jeder sozialistischen Planwirtschaft, welche nicht möglichst große Profite, sondern die möglichst zweckmäßige Auswertung der vorhandenen Arbeitskräfte zu vielseitigster Befriedigung des sozialen Bedarfes anstrebt.

Die *Preispolitik* muß dem einzelnen Betriebe das finanzielle Gleichgewicht im Rahmen der Konkurrenz mit gleichartigen Betrieben gewährleisten. Und die *Lohnpolitik* ist so zu gestalten, daß sich jedem Produktionszweig genügend ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und mit durchschnittlicher Intensität ihre Arbeit leisten. Die Löhne müssen daher eine Kombination von Leistungs- und Soziallohn darstellen, wobei die allgemeinen Soziallasten — vielleicht in der Art des Beveridgeplanes — gleichmäßig auf die ganze Nation zu verteilen sind.

In der freien Konkurrenzwirtschaft des liberalen Kapitalismus ist die Deckung des Geldwertes durch reale Warenwerte, vor allem durch Gold ein zwangsläufiges Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings wird schon bald nach dem allgemeinen Siege der Goldwährung praktisch der Wert des staatlich geschaffenen Geldes im Sinne der Quantitätstheorie *gesellschaftlich* bestimmt. Das Gold dient nur noch als Mittel zum Ausgleich der Spitzen der Zahlungsbilanzen. Sobald nämlich die Wechselkurse den unteren oder oberen Goldpunkt erreicht haben, spielt sich der internationale Zahlungsverkehr im Stadium der liberalen Wirtschaftsordnung grundsätzlich zwischen privaten Gläubigern und Schuldnern ab. *Aber in einer planwirtschaftlich organisierten Weltwirtschaft,* die den internationalen Zahlungsverkehr allein schon aus Gründen der Reduktion der Zahlungsspesen durch international organisierte zusammenfassende Clearingstellen zentralisieren wird, ist *die Goldwährung auch technisch nicht mehr notwendig.*

Das *Geld* ist — wirtschaftlich gesehen — eine spezielle Ware unter allen anderen Waren, nämlich *die Tauschware.* Sie dient in der kapitalistischen Wirtschaft als *Tauschmittel, Zahlungsmittel, Rechenmittel, Kreditmittel* und *Schatzmittel.* In einer planwirtschaftlich organisierten Marktwirtschaft tritt die Funktion des Geldes, Schatz- und Kreditmittel zu sein, in den Hintergrund. Das Geld fungiert als Tauschmittel vor allem im Kleinhandel, als Zahlungsmittel im in- und ausländischen Handel, als Rechenmittel dient es bei der Kalkulation der Produktionskosten innerhalb der Betriebe.

In einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet und in einem bestimmten Zirkulationsbereich ist die Menge des umlaufenden Geldes nach der Quantitätsgleichung gegeben durch den Quotienten aus dem Wert der umgesetzten Warenmenge und Dienstleistungen dividiert durch die Anzahl der Umläufe gleichnamiger Geldstücke. Im Zuge der Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft hat sich der Geldumlauf in mehrfacher Hinsicht differenziert: Im Kleinhandel und für Lohn- und Gehaltszahlungen benötigt man Kleingeld, zum Teil Scheidemünze; die großen Zahlungen des Großhandels, der Verwaltungen, der Industrie werden vermittelt durch Währungsgeld, Banknoten, Wechsel oder Schecks; im Außenhandel

erfolgen die Zahlungen durch An- und Verkauf von Devisen, das heißt indossierbare, durch Ware gedeckte Bankwechsel.

Der Geldbedarf der einzelnen Zirkulationsbereiche wird auch regional durch gewisse Zahlungsgewohnheiten differenziert: In rein landwirtschaftlichen Gegenden läuft das Kleingeld langsamer um als in Industrielandschaften und Großstädten; traditionell überlieferte Zinstermine führen zu besonderer Beanspruchung an Barmitteln; zur Erntezeit verfügt der Bauer über Geld, während vor der Ernte allgemein über Geldknappheit geklagt wird. Auch die Ausbreitung der Methoden des bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch Post- oder Bankschecks ist lokal verschieden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der *nationalen Währungsbank* ist die *Sicherung des Umlaufes von Zahlungsmitteln.* Je weniger hartes Metallgeld zur Begleichung der Zahlungen notwendig ist, um so geringer sind die gesellschaftlichen Kosten des Zahlungsverkehrs. Der Sinn des sogenannten bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch Clearingstellen, Ausbau des Postscheckverkehrs liegt vor allem in der durch die Konzentration der Zahlungen auf einzelne Zahlstellen und Termine ermöglichte Reduktion der Zahlungsspesen (zum Beispiel der Transportkosten von hartem Metallgeld). Die allgemeine Einführung des Postscheckverkehrs für den kleinen Zahlungsverkehr, der Ausbau der Clearingstellen für den großen Zahlungsverkehr, die Zentralisierung des Devisenverkehrs bei der nationalen Währungsbank erleichtern die Organisation einer volkswirtschaftlichen Buchhaltung der Planwirtschaft.

Von zentraler Bedeutung ist die *Währungspolitik,* das heißt die Gesamtheit jener Maßnahmen, welche den inneren und äußeren Geldwert festlegen. Am unveränderlichen Geldwert sind vor allem Inhaber von langfristigen Leihverträgen interessiert. Auch der Außenhandel ist auf stabile Wechselkurse angewiesen, da der Kauf und Verkauf von Rohstoffen und Fabrikaten im Ausland auf Kredit erfolgt. Gleichzeitig hat die Exportindustrie ein Interesse daran, daß der Wechselkurs nicht zu hoch sei, damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte nicht beeinträchtigt werde.

In der kommenden Nachkriegszeit wird die Zerrüttung der Währungsverhältnisse wahrscheinlich noch größere Ausmaße annehmen, als dies nach dem ersten Weltkriege der Fall war. Wenn zum Beispiel die deutsche Verschuldung im November 1942 bereits auf 185 Milliarden Mark angewachsen ist und damit der Stand der Verschuldung im ersten Weltkrieg bereits übertroffen wurde — trotz rigorosester Steuerpolitik und Abwälzung großer finanzieller Lasten auf die besetzten Gebiete —, so braucht es keine große Prophetengabe, um festzustellen, daß eine der vordringlichsten Aufgaben der Nachkriegszeit die Neuordnung der Währungsverhältnisse auf dem europäischen Kontinent sein wird.

Nicht nur aus Gründen der Anpassung an das wahrscheinlich zu vermutende neue Niveau der Warenpreise und Produktionskosten und die Währungsentwertung der umliegenden europäischen Staaten, sondern auch aus Gründen der Arbeitsbeschaffung und Entlastung der Staatsfinanzen dürfte die Anpassung des Wechselkurses der schweizerischen Währung gegeben sein. Der Versuch, durch Deflation, das heißt Senkung

der Preise und Löhne auf das Niveau der Vorkriegszeit die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie sicherzustellen, müßte von katastrophalen Folgen begleitet sein. Bloß durch eine Anpassung der Währungskurse an die veränderten Verhältnisse kann das mehr oder weniger unproduktive Rentenkapital zur Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit mobilisiert werden.

Im Rahmen einer planwirtschaftlichen Neuordnung der Wirtschaft dürften die Fragen der Einordnung der schweizerischen Währung in eine *europäische Währung*, das Verhältnis der schweizerischen Nationalbank zur Bank für internationale Zahlungen, die Probleme des Clearing- und Kompensationsverkehrs, die Aufrechterhaltung der Devisenzwangswirtschaft, der Ausgleich von Handels- und Zahlungsbilanz eine entscheidende Rolle spielen.

Im gegenwärtigen Augenblick dürfte es aber wohl müßig sein, sich in vagen Spekulationen zu ergehen. Einigkeit muß bloß über einen einzigen Punkt erzielt werden: daß *nämlich die Währungpolitik niemals Selbstzweck sein darf, daß die Währungspolitik einfach ein Instrument im Dienste der nationalen Volkswirtschaft sein muß* und daß die Interessen der produktiven Wirtschaft und die Erfordernisse der Arbeitsbeschaffung «um jeden Preis» nicht den Kapital- und Rentnerinteressen aufgeopfert werden dürfen, angebliche Notwendigkeiten des Kapitalexportes den Vorrang vor den Bedürfnissen des Inlandmarktes erhalten. Denn der Kapitalexport dient vor allem den *Klasseninteressen des Finanzkapitals*, dessen Machtstellung verkörpert in Großbanken, Versicherungsgesellschaften und Kapitalanlagegesellschaften entscheidend gebrochen werden muß, soll eine sozialistische Marktwirtschaft überhaupt möglich sein.

In zahlreichen Schriften wird heute noch die Meinung vertreten, in der Nachkriegszeit werde es möglich und auch notwendig sein, zur Goldwährung zurückzukehren. Diese Meinung entspricht ebenso konservativem Denken wie die vor allem von unserer bürgerlichen Presse mit Vorliebe betonte illusionäre Auffassung, in der Nachkriegszeit werde man zu den idyllischen Verhältnissen des liberalen Kapitalismus und der freien Verkehrswirtschaft zurückkehren können. Als Vorspann dieser Propaganda dient die in allen Modulationen variierte, mit unermüdlicher Geduld vorgetragene Behauptung, die Demokratie stehe und falle mit der freien, individualistischen Unternehmerwirtschaft.

Unsere kapitalistische Unternehmerklasse versucht auf diesem Wege ihre soziale Stellung auch für die Zukunft zu sichern, da sie weiß, daß das Schweizervolk an seiner politischen Freiheit hängt und niemals bereit sein wird, freiwillig auf seine demokratischen Rechte zu verzichten. Aber der Schluß ist falsch, daß die politische Demokratie nur möglich ist im Rahmen einer ungebundenen Unternehmerwirtschaft. Im Gegenteil. Gerade die arbeitenden Massen des Volkes können auch wirtschaftlich und sozial nur dann frei werden, wenn die Wirtschaft im Sinne einer sozialen Arbeitsdemokratie umgestaltet wird. Die Interessen einer kleinen Oberschicht geraten in unüberbrückbaren Gegensatz zu den Interessen der großen Volksmehrheit. Es sind diese großkapitalistischen Kreise, welche auf der einen Seite die Wirtschaft kartellieren, für die Goldwährung, den freien

Kapitalexport eintreten, auf der andern Seite aber durchaus einiggehen mit der Bestimmung des Lohnes auf dem sogenannten «freien Arbeitsmarkt» und der Aufteilung des nationalen Einkommens «fifty zu fifty» auf Arbeit und Kapital.

In einer sozialistischen Marktwirtschaft darf die Währung bloß ein Instrument der allgemeinen Wirtschaftspolitik sein. Es kann heute schon mit Sicherheit vorausgesehen werden, daß *die Goldwährung in ihrer überlieferten Form in der Nachkriegszeit nicht mehr auferstehen wird,* weil die Voraussetzungen für die Goldwährung, eine freie liberale Weltwirtschaft, nicht mehr zutreffen. Der Kampf um die Absatzmärkte durch die Exportindustrien der national organisierten Volkswirtschaften entsprang nicht nur dem Bedürfnis nach einer rationellen internationalen Arbeitsteilung. Er war ebensosehr Ausdruck des Zwanges des kapitalistischen Akkumulationszprozesses, immer wieder neue Märkte aufzusuchen, um die vergrößerte Produktion absetzen zu können. Ausdruck dieser internationalen Tendenz des Kapitals war die *allgemeine Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit,* wie sie von Dr. F. T. Wahlen durchaus zutreffend in seinem Aarauer Vortrag über «Landwirtschaftliche Nachkriegsprobleme» skizziert wurde: «Weltwirtschaftlich betrachtet ist das Agrarproblem weitgehend eine Frage der Verteilung des Arbeitseinkommens. Die geringere Produktivität der menschlichen Arbeitskraft in der Landwirtschaft hat nun augenfällig zu ihrer wesentlich schlechteren Bezahlung geführt. Es liegt auf der Hand, daß jede Besserstellung der zwei Drittel unserer Menschheit, die ihr Leben aus der Scholle fristen, eine unmittelbare Rückwirkung auf die Absatzmöglichkeiten von Industrie und Gewerbe haben muß. Hier sicher hat die *Kaufkrafttheorie ihre volle Berechtigung.*»

Dr. Wahlen bringt damit bloß zum Ausdruck, was seinerzeit von Marx im dritten Band des «Kapitals» bei der Behandlung des Problems des Ausgleiches der kapitalistischen Profitraten zur Durchschnittsprofitrate festgestellt hat: In Produktionszweigen mit unterdurchschnittlicher Zusammensetzung des Kapitals, das heißt in Produktionszweigen mit großer Arbeitsintensität und kleiner Kapitalintensität werden die Preise *unter* den Arbeitswert gesenkt, damit in den kapitalintensiven Produktionszweigen die Produktionspreise *über* den Arbeitswert steigen können.

Eine Hebung der landwirtschaftlichen Preise ist vom wirtschaftlichen Standpunkte aus eine unbedingte Voraussetzung der Hebung der Kaufkraft der Massen. Diese Hebung der Kaufkraft der Massen muß eben erkämpft werden gegen die Interessen der großkapitalistischen Unternehmerschichten: *Arbeitsloses Kapitaleinkommen muß auf die Seite der Arbeit übertragen werden.* Nur auf diesem Wege ist ein reibungsloser Ablauf des volkswirtschaftlichen Prozesses möglich, kann die Vollbeschäftigung der Wirtschaft sichergestellt, kann die strukturelle Krise der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

Das Hohelied von der wirtschaftlichen Freiheit, das von den politischen Führern des kapitalistischen Freisinns gesungen wird, ist ein Sirenengesang, dem sich die Massen des Schweizervolkes nicht ergeben werden. Dafür bürgt die eine ungemein bedeutsame Tatsache, daß die schweize-

rischen Bauern inhaltlich genau die gleiche Politik vertreten, wie sie von der schweizerischen Arbeiterschaft für das Gebiet der Landwirtschaft in ihrer «Sozialen Ordnung von Staat und Wirtschaft» gefordert wird. Arbeiter und Bauer gehen den gleichen Weg, müssen den gleichen Weg gehen zur sozialen Arbeitsdemokratie. Nur dann wird die schweizerische Demokratie Bestand haben können.

Kriegswende?

Von Albert Honegger.

Seit der überraschenden Landung einer amerikanischen und einer britischen Armee in Marokko und Algier ist nicht nur innerhalb der alliierten, sondern auch der neutralen Staaten der Eindruck entstanden, daß der zweite Weltkrieg nunmehr an einem Wendepunkt angelangt sei. Beweise doch diese am 8. November begonnene Besetzung Französisch-Nordafrikas, daß die beiden angelsächsischen Länder nunmehr entschlossen und imstande seien, mit starken Streitkräften zur Offensive gegen die Achsenmächte überzugehen. Stelle doch diese Okkupation Nordafrikas nicht nur den Anfang zur Schaffung der von Rußland so dringend geforderten zweiten Front dar, sondern auch den aussichtsvollen Versuch, die Herrschaft über das Mittelmeer zu erobern. Gelinge aber dieser großangelegte strategische Plan, so gewännen Amerika und England drei eminent wichtige Vorteile. Erstens die direkte Verbindung durch das Mittelmeer und quer durch das ganze Nordafrika mit Ägypten, Palästina, Syrien, dem Irak und Persien. Ihre Position im Vorderen und Mittleren Osten erfahre dadurch eine ungemeine Stärkung sowohl zugunsten Rußlands, als auch zur Festigung ihres Einflusses in ganz Afrika und ganz Asien. Zweitens gestatte die Beherrschung Nordafrikas und der Mittelmeerwege den angelsächsischen Mächten, zum bedrohlichen Angriff gegen Italien überzugehen, daneben auch Hilfsaktionen zugunsten Griechenlands, Albaniens und Jugoslawiens zu unternehmen. Drittens werde die Besetzung von Marokko, Algier, Tunis und Tripolis der französischen Freiheitsbewegung in ganz Afrika zum Durchbruch verhelfen, so daß die Alliierten für ihren Kampf um die «Festung Europa» einen gewaltigen Kräftezuwachs erfahren würden. Mit alledem sei ein markanter Fortschritt in dem Riesenkampf errungen: der Übergang von der Defensive zur Offensive. Sei auch noch, worüber Amerika und England selbst sich keinerlei Täuschung hingäben, mit einem langen, schweren und opferreichen Kampf zu rechnen, so beginne sich doch nunmehr das ungeheure Kriegspotential und die industrielle Überlegenheit der angelsächsischen Mächte auszuwirken, die auch dem nicht minder erstaunlichen Kriegspotential und dem unzerbrechlichen Kampfeswillen Rußlands die Möglichkeit verschaffen würden, gleichfalls wuchtiger noch zur Offensive überzugehen.

Es hat 3¼ Kriegsjahre gedauert, bis sich die kriegstechnische Überlegenheit Großbritanniens und Amerikas derartig anzukündigen begann.